Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

226 (27.9.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 226 | **Dienstag, den 27. September 1932** | **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

In Genf wurde am Montag die 13. Vollversammlung des Völkerbundes eröffnet und der griechische Vertreter Politis zum Präsidenten gewählt.

*

Reichsernährungsminister Freiherr von Braun gab in München das Agrarprogramm der Reichsregierung bekannt, das durch Notverordnung am Mittwoch in Kraft gesetzt werden soll.

*

Das Agrarprogramm umfaßt Einfuhrkontingente, Zinssenkung der landwirtschaftlichen Hypotheken um 2 Prozent und Vollstreckungsschutz.

*

Auf die Sonntagsrede Herriots, die ein Meisterstück von Heuchelei ist, wird von deutscher Seite noch Antwort gegeben.

*

Der Inder Gandhi hat den Hungerstreik beendet.

*

Der österreichische Sicherheitsminister Dr. Ach ist zurückgetreten.

*

Das deutsche Großflugzeug „D 2500" ist in Moskau gelandet.

*

Auf dem französischen U-Boot „Perseus", das sich auf einer Versuchsfahrt bei der Insel Jersey befand, ereignete sich eine Explosion, durch die einige Heizer und Matrosen verwundet wurden. Das U-Boot vermochte mit eigener Kraft Cherbourg zu erreichen.

*

Bei Laren in der Nähe von Amsterdam fuhr ein Omnibus mit deutschen Insassen mit der Kleinbahn zusammen. Von den 33 Personen wurden eine Frau getötet, zehn schwer und zwölf leicht verletzt.

Notverordnung über die Zinssenkung

Berlin, 26. Sept. Die Notverordnung über die Zinssenkung, deren wesentlicher tatsächlicher Inhalt in der Rede des Reichsernährungsministers in München enthalten ist, wird am Dienstag oder spätestens am Mittwoch vom Reichspräsidenten unterzeichnet werden. Der Reichspräsident ist über den Inhalt der Rede des Reichsernährungsministers unterrichtet gewesen; denn die Rede ist mit seiner Zustimmung gehalten worden.

Rundreise einer Regierungskommission wegen der Kontingente

T.U. **Berlin,** 27. Sept. Der Erlaß der neuen wirtschaftspolitischen Notverordnung wird für Mittwoch erwartet. Noch am Mittwoch wird sich, wie Berliner Blätter erfahren, eine kleine Kommission von Regierungsvertretern unter Führung eines höheren Beamten aus dem Reichsernährungsministerium auf die Reise begeben, um mit den Regierungen der durch das Kontingentierungssystem betroffenen Länder in direkte Verhandlungen zu treten.

Ein katastrophales Erdbeben

T.U. Karlsruhe, 27. Sept. Die Seismographen des naturwissenschaftlichen Vereins verzeichnen am Montag abend 20,24 Uhr ein katastrophales Erdbeben, dessen Herdentfernung in etwa 2000 Kilometern liegt. Nach Ablauf der Vorläuferwellen waren die Ausschläge so stark, daß die Registriervorrichtung abgebrochen wurde. Nach einer Meldung aus Saloniki wurde das Erdbeben in Mazedonien verzeichnet. In mehreren Dörfern stürzten die Häuser ein. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Erdbeben in Sofia.

T.U. **Sofia,** 26. Sept. Am Montag um 21,20 Uhr wurde Sofia durch zwei heftige vertikale Erdstöße erschüttert, die eine allgemeine Panik verursachten. Bisher liegen keine Meldungen über Schäden vor.

Die Wahlen in Griechenland

Athen, 26. Sept. Die bis 2 Uhr früh bekannt gewordenen Wahlergebnisse scheinen zu bestätigen, daß die **Liberale Partei,** deren Chef **Venizelos** ist, **als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgegangen ist,** während die Volkspartei mit ihrem Führer Tsaldaris an zweiter Stelle folgt. Die anderen Parteien haben nur eine geringe Zahl von Sitzen erhalten. Die Kommunisten, die in der alten Kammer nicht vertreten waren, dürften einige Sitze errungen haben. Die neue Agrarpartei eroberte ebenfalls einige Sitze. Aus Argos werden Zusammenstöße gemeldet, doch konnte die Ordnung vor Ankunft von Verstärkungen der Gendarmerie, die aus Nauplia angefordert waren, wieder hergestellt werden. Die Freunde von Venizelos erklären sich von den Wahlergebnissen befriedigt. Michalakopulos ist in Patras wiedergewählt worden.

Das Agrarprogramm der Reichsregierung

Die große Münchener Rede des Reichsernährungsministers

München, 26. Sept. In der Rede, die der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Freiherr von Braun, auf der Vollversammlung des Bayerischen Landwirtschaftsrates in München hielt, wies er einleitend darauf hin, daß das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung nur wenige Maßnahmen enthält, die die Landwirtschaft unmittelbar berühren. Es soll der industriellen Arbeitslosigkeit steuern. Sie spiegelt sich wieder in mangelnder Kaufkraft der Bevölkerung und ungenügendem Absatz landwirtschaftlicher Produkte. Das Arbeitslosenproblem der Städte ist auch ein agrarisches Problem. Es ist leicht, zahlenmäßig nachzuweisen, wie stark der Konsum an Milch, Butter und Käse, an Obst und Gemüse infolge dieser mangelnden Kaufkraft zurückgegangen ist. Aber allein mit Erhöhung der Kaufkraft des Städters ist die Not der Bauern nicht zu bannen. Unter der Fron untragbarer Zinsen und dem Druck von Schleuderpreisen der Deutschland überschwemmenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse des Weltmarktes kann der Bauernstand auf die Dauer die Nahrungsfreiheit des deutschen Volkes nicht gewährleisten.

Das **Absinken unserer Veredelungswirtschaft** ist nicht zuletzt eine Folge der einseitig auf Förderung der Exportindustrie bedachten Handelspolitik der Nachinflationszeit. Die Ueberflutung des inländischen Marktes mit ausländischen Agrarprodukten war die Folge.

Der Minister schilderte dann, wie nach Jahren schwerer Verluste die **Aufhebung der Getreidezollbindungen Deutschland instand setzte, im Gegensatz zu früher in der Brotgetreideversorgung den Eigenbedarf selbst zu decken.** Es gewann auch in der Futtergetreideversorgung ein früher nicht für möglich gehaltenes Maß von Unabhängigkeit. Die deutsche Landwirtschaft hat also stellte der Redner fest, den Beweis erbracht, daß sie, geschützt gegen ausländische Ueberflutung, die **Nahrungsmittelversorgung aus eigener Scholle** ohne weiteres sicherzustellen vermag.

Leider hat man die gleichen durchgreifenden Maßnahmen, wie bei Getreide, nicht auch bei der Veredelungswirtschaft, insbesondere bei Vieh und Viehprodukten, bei Gemüse, Obst, getroffen, wie andere Länder das schon lange getan haben. Dieser Niedergang unserer Veredelungswirtschaft wiegt um so schwerer, als für Deutschland **die Verkaufserlöse für Vieh und Viehprodukte allein etwa das dreieinhalbfache der Verkaufserlöse von Getreide und Kartoffeln ausmachen.**

Heute steht der **Index für Vieh** auf 68 Prozent des Friedenspreises, der Index der landwirtschaftlichen Bedarfsartikel mit Ausnahme der Düngemittel dagegen auf 110, der Bekleidungsgegenstände auf 115,3, der Soziallasten auf 300 Prozent der Vorkriegszeit. Das sind Zustände, die zum völligen Zusammenbruch des bei weitem größten Zweiges der Landwirtschaft unweigerlich führen müssen. Zustände, die ferner den verzweifelten Versuch der Viehwirte nach sich ziehen, sich wieder auf Getreide umzustellen. Dieser Prozeß hat sich bereits in diesem Jahre fühlbar gemacht. Wir stehen im kommenden Jahre bei einer mittelguten Ernte bereits vor der Gefahr, daß wir eine Ueberproduktion an Getreide haben, die es nur mit erheblichen Reichszuschüssen möglich macht, die Getreidepreise auf auskömmlichem Niveau zu halten. Das würde zum Zusammenbruch auch dieses Zweiges der Landwirtschaft führen.

Gegenüber Ausfuhrfanatikern wies der Redner darauf hin, daß wir den Export nicht in der Hand haben. Er fuhr fort: Der Rückgang der **Exportwerte** von 1929 auf 1932 von 14,5 auf 6,5 Millionen RM. spricht eine klare und eindeutige Sprache. Ich schätze die Bedeutung des Exports sehr hoch ein. **Ich wünsche dringend, daß der Export sich kräftigen und steigern möge. Aber diese Rechnung allein auf Kosten der Landwirtschaft aufzustellen, wäre mit den Gefahren des „Reiters auf dem Bodensee" zu vergleichen.**

Kontingentierung landwirtschaftlicher Einfuhr

Die Reichsregierung ist sich dieser Gefahr bewußt. Sie ist daher entschlossen, **zum Schutze einheimischer Produktion die Uebereinfuhren vom Ausland,** deren wir mit Zöllen nicht Herr werden können, von unseren Grenzen fernzuhalten, und hat beschlossen, **die Einfuhr folgender landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu kontingentieren:**

verschiedene Sorten Kohl, Tomaten, Zwiebeln, Schnittblumen, die wichtigsten Sorten Obst, Nadelschnittholz und Papierholz, Schlachtrinder, Speck und Schmalz, Butter (vorbehaltlich der besonderen Verhandlungen mit einzelnen Ländern), Käse, Karpfen, Erbsen, Bananen.

Die Reichsregierung hat für diese Erzeugnisse bereits **bestimmte Kontingentsätze** festgelegt. Vor deren Veröffentlichung ist sie mit Rücksicht auf die handelspolitische Lage mit den beteiligten Ländern in Verbindung getreten. Dabei ist man auf größtmöglichste Beschleunigung bedacht. Die Erledigung ist in kürzester Zeit zu erwarten. Die mitgeteilte Liste stellt keine lückenlose Kontingentierung dar. Die Reichsregierung glaubt jedoch, eine Handelspolitik damit einzuleiten, die bei aller Rücksicht auf die Arbeitslosenfrage in der Exportindustrie auch der deutschen Landwirtschaft wieder ihren Platz an der Sonne verschafft. Anfänge sind mit der Kündigung des schwedischen und des jugoslawischen Handelsvertrages bereits gemacht. Die Reichsregierung ist sich darüber klar, daß mancher ausländische Produzent dieser Beschränkung der Einfuhr seiner Ware nach Deutschland nicht mit gemischten, sondern mit ganz ungemischten Gefühlen der Ablehnung gegenüberstehen wird. Es geht aber nicht an, daß z. B. deutsches Gemüse — wie das in zahlreichen Fällen vorgekommen ist — von unseren Gemüsebauern auf den Komposthaufen geworfen werden mußte, weil Auslandsware den Markt derart überschwemmt, daß die Produkte unverkäuflich bleiben. Es geht nicht an, daß die Einfuhr Tausender von Rindern jede Aufzucht unmöglich macht. Die Einfuhr von Bananen soll kontingentiert werden, um für deutsches Obst bessere Absatzverhältnisse zu erzielen. Der erbsenbauenden Landwirtschaft wird es in absehbarer Zeit möglich sein, den Bedarf Deutschlands aus eigener Erzeugung zu decken. Im Interesse der deutschen Futtergetreidepolitik ist es notwendig, dafür zu sorgen, daß die Einfuhr von Reisabfällen nicht weiter zunimmt. In bezug auf die **Holzwirtschaft** erklärt das Exposé, daß für Schnittholz und Papierholz Einfuhrkontingentierungen vorgesehen sind, während für Rundholz eine Neuordnung der Zölle erfolgen wird.

Noch ein spezielles Wort zum **Weinbau.** Die Reichsregierung will den Winzerstand durch eine großzügige Erntefinanzierung und eine den Belangen des Weinbaues Rechnung tragende Regulierung der alten, vom Reich gegebenen Winzerkredite helfen.

Senkung landwirtschaftlicher Hypothekenzinsen

Von der Seite der Preise allein ist der Landwirtschaft jedoch nicht zu helfen. Vor allem sind es **die Zinsen,** die dem Landwirt ein nicht mehr tragbares Joch auferlegen. Zwar ist die Schuldenlast der Landwirtschaft im Jahre 1932 etwa 6 Milliarden geringer als 1913. Um so schwerer wiegt es demgegenüber, daß die Zinsenlast in dem letzten Jahre allein um rund 200 Millionen RM größer gewesen ist als vor dem Kriege. Außerdem hat allein das Fallen der Preise für tierische Erzeugnisse bewirkt, daß die Zinsenlast noch im Jahre 1924/25 nur 6,23 Prozent des Verkaufserlöses, im Jahre 1932/33 dagegen 13,10 Prozent in Anspruch nahm. Infolge dieser Unrentabilität werden auch die Gläubiger der Landwirtschaft auf das schwerste gefährdet.

Die deutsche Landwirtschaft hat in jedem der letzten drei Jahre **1,2 Milliarden zugesetzt.** Die Reichsregierung hat sich daher auf dem Gebiet der **Hypothekenzinsen** zu folgendem Wege entschlossen: **Die von den Landwirten für langfristige Hypotheken in den nächsten beiden Jahren zu tragende Zinslast wird um 2 Prozent, jedoch nicht unter 4 Prozent — auf das Jahr berechnet — erleichtert.** Der Landwirt hat diese zweimal zwei, also insgesamt 4 Prozent, die er in den beiden nächsten Jahren nicht zu zahlen braucht, bei den Tilgungshypotheken erst am Schlusse der Tilgungsperiode zu entrichten, ohne daß Zins und Zinseszins dafür berechnet wird. Auch bei den Hypotheken, die keiner Tilgung unterliegen, soll der fortfallende Zinsteil von zweimal zwei gleich 4 Prozent bei der Rückzahlung des Darlehens beglichen werden, jedoch in voller Höhe nur dann, wenn die Rückzahlung nach etwa 8 Jahren erfolgt. Bei früherer Rückzahlung des Hypothekendarlehens ermäßigt sich der nachträglich zu entrichtende Zinsbetrag nach einer vorgesehenen Staffelung. Bei einer Rückzahlung im Jahre 1937 wurden hiernach statt 4 nur 1 Prozent, bei einer Rückzahlung 1936 gar nichts über das Kapital hinaus zurückzuzahlen sein.

Die **Zinsen für die Pfandbriefe** erfahren durch die Absenkung des Zinses der landwirtschaftlichen Hypotheken **keine Kürzung,** denn das Reich wird denjenigen Instituten, bei denen die landwirtschaftlichen Hypotheken mehr als 10 Prozent ihrer Masse bilden, Gelegenheit geben, den durch die Zinskürzung eintretenden Ausfall an Zinseingängen zu finanzieren. Die Reichsregierung hat damit für zwei Jahre diese Teile der Hypothekenzinsen galvanisiert.

Die Zinssenkung erfolgt aber nicht nur beim Real-, sondern auch beim **Personalkredit.** Sie ist durch die soeben erfolgte Senkung des Reichsbankdiskontsatzes von 5 auf 4 Prozent in die Wege geleitet. Zusätzlich zu dieser Senkung der Zinsbasis für den landwirtschaftlichen Personalkredit wird eine umfassende Reorganisation der Kreditverhältnisse im **landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen** dahin wirken, daß die überhöhten Zinszuschläge, die bei der Kreditversorgung erhoben werden, zum Abbau gelangen. Um die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, hat die Reichsregierung beschlossen, sich an der Vereinigung des Abschreibungsbedarfs bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften, der infolge des wirtschaftlichen Rückganges entstanden ist, ausschlaggebend zu beteiligen.

Vollstreckungsschutz — Vermittlungsverfahren

Außer der Regelung der Zinsen und der Kontingentierung hat der Herr Reichspräsident einem Vorschlage der Reichsregierung zugestimmt, die eine besondere **Vergleichsordnung** und einen **stärkeren Vollstreckungsschutz** für Besitzer und auch für Pächter landwirtschaftlicher Grundstücke vorsieht.

Eine **Zwangsversteigerung eines Grundstücks** mit ihren tiefgehenden Schäden für den landwirtschaftlichen Schuldner, für die Gesamtheit seiner Gläubiger und für die inländische Produktionskraft wird in vielen Fällen ganz zu vermeiden sein, wenn die Gläubiger sich dazu verstehen, die Hand zu einer ang. messe-

nen Reduktion ihrer Forderungen zu bieten. Zur erleichterten Herbeiführung eines derartigen, die Fortführung des landwirtschaftlichen Betriebes sichernden Vergleichs bietet die Notverordnung: in der Form eines auf die landwirtschaftlichen Bedürfnisse abgestellten, besonderen **Vermittlungsverfahrens** zwecks Aufstellung eines Schuldenregelungsplanes für landwirtschaftliche Betriebe. Es ist vorgesehen, daß für den Inhaber eines landwirtschaftlichen Betriebes, bei dem Aussicht auf einen derartigen Vergleich besteht, beim Amtsgericht ein Vermittlungsverfahren eröffnet wird, in welchem eine geeignete Vermittlungsperson einen Schuldenausgleich zwischen Gläubiger und Schuldner herbeizuführen sucht, während der auf drei Monate beschränkten Dauer des Verfahrens soll der Schuldner vor Zugriffen auf sein Grundstück in bestimmtem Umfang geschützt werden. Endlich ist der für **Milchgeldforderungen** bis zur diesjährigen Ernte gegebene Vollstreckungsschutz bis zur nächsten Ernte verlängert worden.

* * *

Die dargelegten Maßnahmen hat die Reichsregierung nach genauester Abwägung und in voller Klarheit darüber beschlossen, **daß es keine Regelung gibt, die alle Wünsche vollständig erfüllt.** Sie kennt auch die zahllosen Einwände, die gemacht werden und weiß, daß diese Maßnahmen nur ein Anfang sind und daß ihr weitere größere Aufgaben auf dem Gebiete der Sicherstellung ausreichender Nahrung für unsere städtische Bevölkerung bevorstehen. Insbesondere kennt die Reichsregierung ihre Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß die Arbeitslosen im Winter nicht zu hungern brauchen. So wird die **Fleischverbilligungsaktion** wieder in Gang gesetzt werden.

Die Reichsregierung hofft, den Beweis erbracht zu haben, daß sie zwar die friedliche Zusammenarbeit mit dem Volke erstrebt, ihm sogar schwere Opfer bringt, daß sie aber nicht gewillt ist, das deutsche Volk in einen kosmopolitischen Urbrei zu verwandeln, der jede nationale Kraft und jedes herzhafte „An-sich-selbst-Glauben" des Volkes erstickt.

Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft zur Ausgestaltung der Steuergutscheine

T.U. **Berlin**, 26. Sept. Der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, der deutsche Industrie- und Handelstag, die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, der Reichsausschuß der Deutschen Landwirtschaft, der Reichsverband des Deutschen Groß- und Ueberseehandels und der Reichsverband der Deutschen Industrie haben an die Reichsregierung folgendes Brieftelegramm gerichtet:

Zahlreiche Aeußerungen aus unseren Kreisen lassen zunehmende Sorge erkennen, ob die beabsichtigte Ausgestaltung der Steuergutscheine ausreichen wird, um den Erfolg der Regierungsmaßnahmen in volkswirtschaftlicher und psychologischer Hinsicht zu sichern. Wir bitten daher in letzter Stunde eindringlich, folgende von uns wiederholt vorgetragenen Punkte zu berücksichtigen:

1. Einbeziehung der Einkommen- und Körperschaftssteuer in den Kreis derjenigen Steuerarten, die mit den Steuergutscheinen bezahlt werden können, ist unbedingt erforderlich. Zweck der Steuergutscheine ist in erster Linie, der Wirtschaft neue Mittel zur Mehreinstellung von Arbeitern zu verschaffen. Der Kreis der am Erwerb dieser Scheine Interessierten muß daher möglichst abweichen von dem Kreis der Gutscheinberechtigten. Die bisherige Regelung schließt auch einen großen Teil derjenigen Steuerpflichtigen, die Scheine erhalten, von der Verwendung derselben zu Steuerzwecken aus. Es ist daher zu befürchten, daß hieraus ein ständiger Drang nach Veräußerung der Scheine entsteht, dem kein genügender Kreis von Interessenten gegenübersteht.

2. In psychologischer Hinsicht ist der Erfolg der Maßnahmen nur gewährleistet, wenn der Erwerb und Besitz der Steuergutscheine keinen Anlaß zu neuen Steuerleistungen gibt. Rein steuerrechtliche Beurteilung dieser Frage muß zurücktreten hinter der überragenden volkswirtschaftlichen Richtigkeit der von der Regierung verfolgten Ziele. Verwickelte steuerrechtliche Regelungen würden die psychologischen Bedenken gegen den Erwerb von Gutscheinen nicht ausräumen.

Tages-Anzeiger

Dienstag, den 27. September.

Bad. Landestheater: „Die Räuber", 20—23½ Uhr.
Skala-Tonfilm-Theater: „Zwei in einem Auto", 7 u. 9 Uhr.

Vor 30 Jahren starb Emile Zola.

Emile Zola, der große französische Schriftsteller, dessen Todestag sich am 28. September zum 30. Male jährt. Zola, der Schöpfer des naturalistischen Romans, wurde auch in der Politik durch sein mutiges Eingreifen in der Dreyfuß-Affaire bekannt, das ihm eine Verbannung aus seinem Vaterlande eintrug.

Eröffnung der Völkerbundsversammlung

Genf, 26. Sept. Die 13. ordentliche Völkerbundsversammlung wurde am Montag vormittag durch den Präsidenten des Völkerbundsrates eröffnet. Als Vertreter Deutschlands nimmt der deutsche Reichsaußenminister Freiherr von Neurath an der Eröffnungssitzung teil. Die weiteren deutschen Delegierten, die in der ersten Reihe der Versammlung ihren Platz haben, sind der Gesandte in Stockholm, von Rosenberg, und Ministerialdirektor Dr. Gauß.

Nach Erledigung der geschäftsordnungsmäßigen Formalitäten hielt de Valera die Eröffnungsrede. In seinem Ueberblick auf die Arbeiten des Völkerbundes beschränkte sich der Präsident de Valera auf eine Hervorhebung der wesentlichsten Ereignisse des vergangenen Jahres. Er betonte mit aller Entschiedenheit, daß die bisherigen Ergebnisse der Abrüstungskonferenz weit hinter den Erwartungen der Völker zurückgeblieben seien. Die Konferenz von Lausanne habe den Gedanken verstärkt, daß eine sofortige internationale Aktion auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete notwendig sei. Das kommende Jahr, das die Weltwirtschaftskonferenz und die Fortsetzung der Abrüstungskonferenz bringe, werde einer der wichtigsten Zeitabschnitte in der Geschichte des Völkerbundes sein. Ganz kurz ging de Valera auf den chinesisch-japanischen Konflikt ein. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Lytton-Bericht die Grundlage für eine gerechte und endgültige Regelung des Streites bilden werde.

Sehr ausführlich setzte sich sodann de Valera mit der Kritik auseinander, die in immer stärkerem Maße an der Tätigkeit des Völkerbundes geübt werde. Das einzige Mittel, um die Kritik zum Schweigen zu bringen, erklärte de Valera, ist, zu zeigen, daß der Völkerbundspakt ein feierlicher Vertrag ist, dessen Verpflichtungen sich kein Staat entziehen darf. Das Wettrüsten könne nur vermieden werden, wenn die nationalen Rechte gesichert werden, was nur durch eine vorbehaltslose Anerkennung der Grundsätze des Völkerbundspaktes zu verwirklichen ist. Die Existenz des Völkerbundes sei bedroht, wenn die Rüstungen nicht fortgesetzt herabgesetzt werden. Der Erfolg der Abrüstungskonferenz sei infolgedessen von allergrößter Bedeutung für den Völkerbund. Sehr entschieden setzte sich dann de Valera für einen Erfolg der kommenden Weltwirtschaftskonferenz ein. Es sei kein Zweifel, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, unter denen die Welt leidet, nur behoben werden könnten, wenn der entschlossene Wille aller dazu vorhanden sei.

Zum **Präsidenten** der diesjährigen Bundesversammlung wurde der Gesandte Griechenlands in Paris, Politis, mit 44 von 50 abgegebenen Stimmen gewählt. Er betonte in einer Ansprache, daß es in erster Linie Aufgabe des Völkerbundes sei, die bewaffneten Konflikte beizulegen. Er wies auf die Skepsis gegenüber dem Völkerbund hin, meinte aber, daß die allgemeine Weltlage noch viel schlimmer wäre, wenn der Völkerbund nicht bestünde.

Zum Schluß nahm die Versammlung die Verteilung des Arbeitsstoffes auf die verschiedenen Kommissionen der Bundesversammlung vor. Im Gegensatz zu früher wurde diesmal von der Konstituierung der Abrüstungskommission abgesehen. Die deutsche Delegation hat den Antrag eingebracht, daß, wie im vorigen Jahre, auch jetzt wieder in der politischen Kommission die Minderheitenfrage behandelt wird.

Abrüstungsarbeiten bis 10. Oktober vertagt

Genf, 26. Sept. Das Büro der Abrüstungskonferenz ist zu einer kurzen Sitzung zusammengetreten, in der beschlossen wurde, die Arbeiten des Büros bis zum 10. Oktober zu unterbrechen. Henderson teilte in der Sitzung noch mit, daß der Vorsitzende des Luftfahrtausschusses der Konferenz beauftragt worden sei, bis zur nächsten Sitzung einen Bericht über das Verbot der Luftangriffe gegen die Zivilbevölkerung und im Zusammenhang damit über Kontrollmaßnahmen für die Zivilluftfahrt vorzulegen. Henderson erklärte dazu, daß er soeben eine Unterredung mit dem deutschen Außenminister gehabt habe und daß er damit rechne, Freiherrn von Neurath noch einmal in diesen Tagen zu sprechen.

*

Weitere Besprechungen in Genf über die Abrüstungsfrage

Genf, 26. Sept. Ueber die Abrüstungsfrage fanden am Montag weitere Besprechungen zwischen Henderson und Sir John Simon sowie zwischen dem italienischen Unterstaatssekretär Aloisi und Paul Boncour statt. Da bekannt geworden ist, daß Herriot schon am frühen Nachmittag in Genf eintrifft, wird als ziemlich sicher angenommen, daß vor der Abreise Sir John Simons abends noch eine Unterredung zwischen Herriot und dem englischen Außenminister stattfinden wird.

*

Besuch beim Reichsaußenminister.

T.U. **Genf**, 26. Sept. Reichsaußenminister Freiherr von Neurath empfing im Laufe des Montag nachmittag den türkischen Außenminister und den Vertreter Ungarns, General Tanczos.

*

Herriot in Genf. — Kurze Besprechung mit Simon.

T.U. **Genf**, 26. Sept. Ministerpräsident Herriot traf Montag erst kurz vor 21 Uhr im Kraftwagen in Begleitung seines Kabinettschefs in Genf ein. Herriots Ankunft war in französischen Kreisen mit Ungeduld erwartet worden, da der englische Außenminister Simon um 21,40 Uhr den Nachtzug benutzen mußte. Gleich nach seinem Eintreffen traf Simon bei der französischen Abordnung ein. Die Unterredung konnte infolge der Kürze der Zeit nur 20 Minuten dauern. Eilends verließ Simon das Hotel.

Herriot, der Simon trotz strömenden Regens an seinen Wagen begleitete, erklärte sodann der ihn umringenden Presse, er habe für seinen Genfer Aufenthalt noch keinen Plan, er wisse auch noch nicht, ob er nach seinen verschiedenen großen Reden noch mit einer Rede in die Hauptaussprache der Vollversammlung eingreifen werde. Auf die Frage eines Journalisten, ob er den deutschen Außenminister sehen werde, hob Herriot nur beschwörend die Hände gen Himmel und wandte sich wortlos um und eilte davon.

Gandhis Hungerstreik beendet

Puna, 26. Sept. Gandhi hat den **Hungerstreik beendet** und die erste Mahlzeit wieder zu sich genommen. Der Entschluß des Mahatma wurde von einer nach vielen Tausenden zählenden Menge, die sich vor dem Gefängnis angesammelt hatte, mit Begeisterung begrüßt. Gandhi ist sehr schwach und kann zunächst nur unter Aufsicht der Aerzte sehr leichte Nahrung, die hauptsächlich aus Ziegenmilch besteht, zu sich nehmen. Diesem Beschluß Gandhis ging die **Genehmigung des Abkommens zwischen den Hindus und den Parias** durch die Regierung Macdonald voraus.

Alpensymphonie

Roman von Friedrich Lange.

Urheberschutz: Verlag F. Lange, Hohenstein-Er. (Sa.) 27)

XVII.

Für Eberhard Kerkhoff waren diese herrlichen Sommertage einprägsam für's ganze Leben: Er verbrachte sie in einer Zelle des Bezirksgerichts Kufstein, wo man ihn in Untersuchungshaft hielt. Täglich wurde er verhört, ohne der sehnsüchtig erwarteten Freiheit einen Schritt näherzukommen.

„Herrgott, wie lange soll denn dieses Affentheater noch dauern?" ging er einmal hoch.

Das half ihm natürlich alles nichts. Man hatte sein Buch gefunden, man kannte die Rivalität zwischen ihm und dem noch immer vermißten Vidor, ergo: er mußte stecken bleiben, bis sich Vidor von selber meldete oder er — Kerkhoff — ein Geständnis ablegte. Es war zum Verzweifeln!

Und kein Silberstreif am Wolkensaum.

Verhör um Verhör. Immer dasselbe.

„Die Bergführer haben das ganze Kaisergebirge durchstöbert, von Vidor keine Spur . . ." wurde dem Häftling gesagt.

Und Kerkhoff blieb nichts übrig, als immer wieder zu beteuern: „Ich kenne den Menschen nur flüchtig von einem Spielabend in Salzburg. Das ist knapp vierzehn Tage her. Zwei Tage später sah ich ihn auf der Kampenwand wieder. Dort oben überfiel er mich mit Steinen, die mich aber nur an der Schulter verletzten; hier sind noch die blauen Flecken davon."

Er riß Jakett und Weste herunter, öffnete das Hemd.

Der Untersuchungsrichter schien kaum hinzusehen. Diese Spuren konnten ebenso gut von einer Wirtshausschlägerei herrühren! Was Kerkhoff hier von einem phantastischen Ueberfall erzählte, war kaum auf Stichhaltigkeit nachzuprüfen.

„Und wie ist es mit der Frau, mit dieser — —" Der Protokollant kam dem Gedächtnis des Richters zu Hilfe.

„Ursula Josephy."

Kerkhoff biß die Kiefer aufeinander. Verwünscht, hier leuchteten sie einem bis in die geheimsten Herzenswinkel!

Half alles nichts, heraus mit der Sprache! Die Herren vom Gericht gaben sich ja doch nicht eher zufrieden, bis man wie ein geöffnetes Buch vor ihnen lag.

„Fräulein Josephy habe ich vor einem Jahr flüchtig in Mittenwald kennen gelernt. Dann sah ich sie erst vor vierzehn Tagen bei einem Ausflug zum Königssee wieder. Ich hatte dabei das Glück, ihr bei der Landung in Sturm und Wetter ein wenig behilflich sein zu dürfen. Abends traf ich dann Vidor in Salzburg."

„Sie waren ihm nicht grün wegen seiner geschäftlichen Erfolge, die denselben Handelsartikel betrafen, wie den von Ihnen vertretenen," bohrte der Richter weiter mit der unerbittlichen Strenge eines Großinquisitors.

„Das ist kompletter Unsinn. In geschäftlicher Hinsicht ist mir der Vertreter der Austria-Werke nie ernstlich gefährlich geworden", protestiete Kerkhoff mit aller Entschiedenheit.

„Ursula Josephy soll die Braut des Verschwundenen gewesen sein?" fragte der Richter umständlich seine Augengläser mit einem Zipfel des Taschentuches flimmernd.

Der Untersuchungsgefangene sah mit einem Ausdruck des Bedauerns auf den kleinen, dicken Herrn herab, der ohne Brille wahrscheinlich hilflos wie ein Baby war. Wenn sie dem Aermsten entfällt, just, wenn er im großen Quergang der Totenkirchl-Westwand hängt, ist er rettungslos verloren, stellte Kerkhoff nicht ohne gelindes Grauen fest. Dann erst besann er sich auf die gestellte Frage.

„Auch das stimmt nicht. Fräulein Josephy pflegte nur einen losen, freundschaftlichen Verkehr mit Rainer Vidor. Von einer intimeren Bindung zwischen ihnen kann gar keine Rede sein. Ich möchte wissen, wer solchen Blödsinn geäußert hat."

„Und ich muß Sie bitten, derartige ungehörige Randbemerkungen gefälligst zu unterlassen!" begehrte der Richter auf. Dann gemäßigter fortfahrend: „Wie kam Ihre Sekretärin dazu, mit Vidor in Ihrer Jagdhütte Quartier zu beziehen?"

Kerkhoff dachte bei sich: Was die in den zehn Tagen Haft alles erfahren haben!

Er hob bedauernd die Schultern. „Das ist mir auch ein Rätsel."

Selbstverständlich wußte der Richter darüber Bescheid. Toni Geislinger war in München zu diesem Punkt kommissarisch vernommen worden.

„Nun kommen wir zu dem kritischen Tage selber! Sie geben an, sich lautlos zurückgezogen zu haben, um Vidor und Fräulein Geislinger nicht zu stören. In der Wand sind Sie dann Ursula Josephy begegnet, die Aufnahmen machen wollte. Sie haben die Dame vor dem Aufstieg gewarnt, angeblich wegen Steinschlaggefahr. An dieser Stelle ist Steinschlag jedoch unbekannt."

„Ich wollte Fräulein Josephy ein mögliches Zusammentreffen mit Vidor ersparen."

„Warum?"

Der Verhörte sah zur Seite, sagte dann leise: „Darüber möchte ich die Aussage verweigern."

Pause. Leises Kratzen der Feder auf dem gelblichen Konzeptpapier. Als der Schreiber erwartungsvoll aufsah, fuhr der Untersuchungsrichter fort: „Sie lagen dann am Fuße der Wand und lasen einen Roman. Als Fräulein Josephy abstürzte, ohne sich zu verletzen, wollen Sie mit ihr sofort nach Griesenau gegangen sein und sie im Auto nach Adelholzen zu ihrem Vater begleitet haben."

„Das wird Fräulein Josephy selber bestätigen."

Der Richter trommelte nervös mit den Fingern auf die verkratzte Platte seines Schreibtisches.

„Warum blieben Sie nicht in Adelholzen? Statt dessen hatten Sie es furchtbar eilig, ins Gebirge zurückzukommen."

Kerkhoff konnte ein Lächeln nicht unterdrücken. Sollte er der Wahrheit die Ehre geben?

„Ich wollte in meiner Hütte Ordnung machen, um sie dann nie wieder zu betreten. Die Jagd in dieser Gegend war mir aus mehrfachen Gründen verleidet."

„Zwischen Oberförsterei und Griesenau trafen Sie Ihre Sekretärin?"

„Ja, Toni Geislinger. Sie sagte mir, daß Vidor abgestürzt sei. Ich konnte das nicht wissen; denn nachweislich weilte ich in der fraglichen Zeit in Adelholzen respektive unterwegs."

„Weiter . . ." drängte der Untersuchungsrichter.

„Ich ging denselben Pfad, den Toni Geislinger kam. Es gibt keinen anderen Weg. Sie werden ihn kennen. Zwei Stunden später traf ich in meiner Hütte ein."

„Und Sie haben den Abgestürzten nirgends gesehen?" Der Richter durchbohrte Kerkhoff mit seinen Blicken. Es waren die funkelnden, geschliffenen Augenspeere des berufsmäßigen Menschenkenners.

Kerkhoff hielt ihnen stand.

„Nirgends!" sagte er, ohne mit der Wimper zu zucken.

Der Vernehmende spielte in Gedanken versunken mit dem Mechanismus seines Füllbleistiftes, bis die Mine abbrach.

Dann ungeduldig fortfahrend: „Hier klafft eine Lüke im Untersuchungsergebnis. Sie behaupten, Vidor nicht gesehen zu haben. Ihre Sekretärin beteuert, den Verletzten an der Quelle zurückgelassen zu haben. Er sei dermaßen hinfällig gewesen, daß es völlig undenkbar wäre, wie er sich mit eigener Kraft hätte fortbewegen können."

Kerkhoff zuckte mit den Schultern, so, als ob ihn das alles nichts anginge. Nur eins wußte er nun sicher: Toni Geislinger hatte offenbar ihre Aussagen so gestellt, daß er schwer belastet wurde! Das streifte nahe die Grenze des Verrats . . .

Nach einer Weile sagte er in das entstandene Schweigen: „Möglicherweise haben ihn Touristen gefunden und mitgenommen."

Das empfand der Richter beinahe als persönliche Beleidigung. Als ob er nicht selbst soviel Scharfsinn im Kopfe habe!

„Wir haben in dieser Hinsicht alles unternommen, was irgendwie in Frage kam. Leider vergeblich."

(Fortsetzung folgt.)